

WirtschaftsWoche

Eine Reform der Strombörse ist längst überfällig

Das teure Gas beschert Windpark- und Atomkraftwerkbetreibern Traumrenditen. Das Nachsehen haben Konsumenten und Unternehmen. Die aktuellen Marktregeln im Stromhandel machen es möglich – noch.

von [Nele Husmann](#)

29. März 2022



Bild: Laif - Wind zu Gold: Betreiber von Windparks profitieren vom Ukrainekrieg. Ihr Strom wird zu den hohen Preisen von Gaskraftwerken abgerechnet

Hocheffiziente Induktionsanlagen heizen den Stahl bei Richard Neumayer auf 1250 Grad Celsius, um daraus Getriebeteile für die Automobilindustrie zu schmieden. Der Energieverbrauch ist immens. Um Nachhaltigkeit bemüht, setzt das Familienunternehmen im Schwarzwald seit 2021 komplett auf Ökostrom. Nun aber sind die Herausforderungen groß: „Der Strommarkt ist völlig aus den Fugen geraten“, sagt Inhaber Dirk Neumayer. Die Stromkosten sind synchron mit den Gaspreisen in die Höhe geschossen – dabei ist er gar nicht von Gas aus Russland abhängig. „Die Belastung für energieintensive Unternehmen ist enorm“, sagt Neumayer.

Dass Konsumenten und Unternehmen, unabhängig von der Quelle, hohe Preise für Energie zahlen, liegt an der Strombörse. Hier gilt das sogenannte Merit-Order-Prinzip. Der Strompreis richtet sich dabei stets nach dem teuersten Kraftwerk, das zur Erzeugung der benötigten Energie zugeschaltet werden muss. Aktuell sind das fast immer Gaskraftwerke. Deren Produktionskosten sind extrem nach oben gegangen, weil der Gaspreis wegen des Kriegs in der Ukraine stark gestiegen ist.

Die Folge dieser Methode ist eine Verzerrung. Gaskraftwerke liefern nur etwa zehn Prozent des deutschen Strombedarfs, bestimmen den Strompreis aber komplett. Deshalb hat sich Strom im Vergleich zum vergangenen Jahr vervierfacht, in der Spitze war er sogar zehnmal so teuer. Davon profitieren aktuell vor allem die Erzeuger von Strom aus Wind, Sonne und Atomkraft, die rund 60 Prozent des deutschen Strommixes liefern. Sie kassieren die deutlich höheren Preise, obwohl ihre Kosten gleich bleiben.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin schätzt, dass den Betreibern von Wind- und Solaranlagen in diesem Jahr allein wegen des Merit-Order-Prinzips neun Milliarden Euro in den Schoß fallen – Windfall Profits im wahrsten Sinne des Wortes. 2021 kassierten sie so bereits 1,75 Milliarden Euro. Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, diese Gewinne zu besteuern und damit die gestiegenen Kosten auszugleichen. Während Frankreich, Italien und Rumänien davon bereits Gebrauch machen, zögert die Bundesregierung.

Den Mechanismus der Preisfindung hat die EU bei der Liberalisierung der Energiemärkte um die Jahrtausendwende festgelegt. Der für den nächsten Tag relevante Preis, der sogenannte Spotpreis, wird jeden Tag um 12.00 Uhr an der Börse EPEX Spot in Paris festgesetzt, einer Tochter der Leipziger Strombörse EEX.

Der Spotpreis ist der entscheidende Fixpunkt für die Energiewirtschaft, an ihm orientieren sich die Preise für die in Leipzig gehandelten Futures, mit denen Unternehmen ihren künftigen Bedarf absichern, wie auch direkte Lieferverträge. Eigentlich soll der Spotmarkt nur einen kurzfristigen Ausgleich für Spitzenzeiten sichern. Längst aber wird etwa die Hälfte des täglichen Strombedarfs Deutschlands am Spotmarkt abgerechnet – Händler zocken wegen der hohen Volatilität gern mit.

Kosten verzehnfacht

Grundsätzlich hat sich das Verfahren bewährt. „Die Merit-Order stellt sicher, dass immer die günstigsten Kraftwerke laufen“, sagt Thorsten Lenck von der Denkfabrik Agora Energiewende. „Dieses Marktdesign wurde mühsam erarbeitet.“ Allerdings: Als das geschah, produzierten Gaskraftwerke die Kilowattstunde Strom zu vier Cent, Atomstrom gab es für zwei Cent. Erneuerbare Energie, die sieben bis acht Cent kostete, wurde mit der EEG-Zulage gefördert. Nun aber haben sich die Kosten von Gaskraftwerken auf 20 Cent verzehnfacht. Das spült den Erzeugern erneuerbarer Energien je Kilowattstunde 13 Cent Gewinn in die Kasse, bei Kernkraft sind es sogar 18 Cent.

Experten halten das System spätestens jetzt für reformbedürftig. „Die Merit-Order koppelt den Strompreis an die explodierenden Kosten der fossilen Energieträger – das treibt den Strompreis unnötig in die Höhe“, sagt Sebastian Igel von der Beratung Energie-Admin AG aus Hannover. Karsten Neuhoff, Leiter Klimapolitik beim DIW schlägt vor, dass Anbieter erneuerbarer Energien künftig sogenannte Differenzverträge abschließen. Die würden sie nicht nur gegen niedrige Preise absichern, sondern auch zur Rückzahlung außerplanmäßiger Gewinne verpflichten. „Das würde die Strompreise stabilisieren und reduzieren“, sagt Neuhoff.

Horst Träger zweifelt dennoch am System. „Strom sollte gar nicht an der Börse gehandelt werden“, sagt der Präsident der Fachvereinigung Krankenhaustechnik, der diverse Einrichtungen im Gesundheitswesen berät. „Krankenhäuser sind Energiejunkies“, sagt Träger. Vielen flattern gerade Erhöhungen ihres Strompreises um 300 Prozent ins Haus. Da Krankenhäuser oft wirtschaftlich am Limit operierten, gingen höhere Strompreise voll zulasten des Budgets: „Unsere Grundversorgung aber sollte kein Spekulationsgegenstand sein.“ Sondern, sagt er, am besten staatlich reguliert.